

1/95

trend

Herausgegeben
von der
Bezirksleitung der
GEW Kreuzberg

ZEITSCHRIFT DER GEW KREUZBERG

Januar/Februar '95

Die Kreuzberger schullandschaft unter beschuß

Was im letzten Jahr bei einem Ausflug Kreuzberger SchülerInnen der 2.OH (siehe trend 3-94) begann, setzt sich im neuen Jahr fort bzw. weitet sich aus. Inzwischen wird nicht mehr wegen schweren Landfriedensbruchs bzw. illegalen Waffenbesitzes gegen SchülerInnen und LehrerInnen der 2.OH ermittelt, sondern sogar wegen des Verdachts terroristischer Aktivitäten. Das Ziel ist eindeutig: Durch Statuierung eines Exempels soll nach außen klargemacht werden, daß Kreuzberg nach wie vor ein gefährliches Pflaster ist und mit obrigkeitstaatlichen Mitteln pazifiziert gehört - und den Kreuzbergern selbst soll klargemacht werden, daß aufmucken zwecklos ist.

Auf höherer Ebene geschieht das gleiche. Was der 2.OH durch Kriminalisierung aufgezwungen wird, erleben Kreuzberg und andere Bezirke als Ganzes durch die Einführung des LSA. Pazifizierung und Resignation werden als Folge des LSA auch in den Bezirken - speziell in Kreuzberg - erwartet. Die Strukturen für diesen Angriff sind gelegt, die



Exekutoren schon ausgewählt. Der trend, der in der Folge des Umbruchs seit 1989 etwas einsam den schleichenden gesellschaftlichen Roll-back in den Kreuzberger Schulen begleitete, sieht nunmehr eine Flutwelle über uns hereinbrechen. Wir bleiben am Ball - respektive am Sandsack. Wir berichten in dieser - extra für die Personalversammlung am 7.2.95 - erstellten Sonderausgabe des trend über die neuen skandalösen Vorgänge an der 2.OH und über persönliche Konsequenzen bei Einführung des LSA in Kreuzberg.

Die Redaktion

NEUER BILDUNGSCHIEF FÜR KREUZBERG: EIN RASSIST?

Das Berliner Verfassungsgericht läßt mit seinem Urteil auf sich warten. Unterdessen etabliert sich das CDUSPDFDP-Landeschulamt wie eine Krake über die ganze Stadt hinweg. Die wichtigsten Posten sind bereits vergeben. Während die Stadträte, wie z.B. DIRK JORDAN in Kreuzberg, seit dem 1. Februar nur

noch für die schulklos und andere mit Schule verbundenen Bauten zuständig sind, hat der „kommissarische“ Leiter des Landesschulamts (LSA), Herr SEIRING (SPD/GEW, sic!), seine Bezirksfürsten auf ihre A-16er Sessel gehievt (mächtiger Spareffekt!), „kommissarisch“, versteht sich.

fortsetzung s.3

....denn das hieße, die hände in den schoß legen

interview mit Karl-Heinz Schubert,
vertrauenslehrer der SchülerInnen der 2.OH über
„Marzahn und die folgen“

trend: Wie wurde der zweite Besuch der Polizei in der Schule am 6. 1. und 9. 1. 95 bekannt?

KHS: Am 16.1. hatte ich in der 2. Stunde Geschichte in der 8/2. In dieser Klasse sind die meisten SchülerInnen, die unter den Folgen des Marzahner Polizeieinsatzes zu leiden haben. An diesem Tag waren die SchülerInnen sehr unruhig. Irgendwelche Zettel kursierten im Unterricht. Ich ließ mir die Zettel zeigen und da mußte ich feststellen, daß es sich um Ladungen bei der Polizei in der Friesenstr. handelte und zwar für den selben Tag um 10.00 und 12.00 Uhr. In der großen Pause sprachen wir dann in Ruhe darüber. Da kam ein Schüler aus der 8/1 dazu und erzählte, daß er am Freitag zur Vernehmung in

der Friesenstr. gewesen sei. Dort habe man von ihm immer wissen wollen, was er von „Klasse gegen Klasse“ weiß und ob er von einem Farbenschlag auf einen Polizisten gehört habe.

trend: Wie hast du auf diese Informationen reagiert?

KHS: Ich bin mittags zum Schulleiter gegangen und habe von ihm wissen wollen, ob er von diesen Vorgängen seitens der Polizei informiert worden sei. Er reagierte zunächst ausweichend. Jedoch griff der Konrektor ein und sagte etwa sinngemäß: „Heinz, du weißt doch, wovon der Kollege spricht. Von dem Besuch der Kripo am 6.1 und 9.1 hier in der Schule.“ Darauf be-

fortsetzung s.4

KESSELTREIBEN GEGEN RELIGIONSLEHRERIN

oder wer den schaden hat, braucht sich um das mobbing nicht zu sorgen

Antonio Gramsci führte einmal aus, daß eine weltanschauung durch argumente nicht zu erschüttern ist. Unmodisch und unerschütterlich hoffnungsvoll, wie wir nun mal sind, vertrauen wir doch ein bißchen auf argumente. Sollte jemand denken wollen, muß er (sie) doch erst einmal wissen. Die trend-redaktion hat hingehört und nachgeforscht.

Wenn wir ein ergebnis dieser arbeit zusammenfassen, können wir sagen, daß weder senat noch bezirksamt (bzw. schulleitung), noch die kirchenleitung als arbeitgeberin kollegin Evi Grünberg in ihren bemühungen um die aufklärung der polizeilichen übergriffe in Marzahn unterstützen oder sich für die kriminalisierten schülerInnen einsetzen. Bisher hat noch keine stelle die anschuldigungen gegen kollegin Grünberg zurückgewiesen und dies mit ihrer guten arbeit an der Hans-Sachs-oberschule begründet. Es wird auf das anhängige verfahren verwiesen und daß man erst bei erwiesener unschuld richtiges vertrauen haben könnte.

Stattdessen führen diese stellen einen persönlich engagierten kleinkrieg, der u.a. dazu dient, die bisherige sehr gute arbeit von kollegin Grünberg zu behindern und im nachhinein schlecht zu machen. Die erfahrung des mobbing gegen kollegInnen, die gut und erfolgreich an den schulen arbeiten, ist nicht neu. Neu ist, daß die kräfte, die eine offen reaktionäre linie gegen die zwangsweise zugeführten kinder an den schulen fahren wollen, ein weites betätigungsfeld und breite unterstützung finden. In unserem falle werden kollegin Grünberg nun die fahrten vorgeworfen, die sie im rahmen ihres religionsunterrichts durchgeführt hat. Es erübrigt sich fast zu schreiben, daß darüber natürlich keine diskussion stattfindet, sondern nur gerüchte gestreut werden, die dann dazu führen, daß lehrerInnen sich endlich anmaßen können, in die arbeit von kollegin Grünberg reinzureden. Der rektor Winkler, der den inhalt seiner aufgabe als schulleiter durch sein verhalten gegenüber der polizei schon aufs spiel gesetzt hat, kann kaum mehr vermittler in einem solchen konflikt sein. Er stellt nun „formale“ anforderungen an die durchführung von schülerfahrten im rah-

men des religionsunterrichts, die nichts mit der pädagogik, nichts mit den kindern, nichts mit dem mobbing zu tun haben, nichts mit den geltenden bestimmungen, dafür umso mehr mit disziplinierung.

Seit 6.1.95 behauptet die polizei, daß vor dem haus des ermittelnden kriminalkommissars farbe aufgetaucht sei, zusammen mit einem flugblatt, das mit „klasse gegen klasse jugendorganisation“ unterzeichnet war. Nun wollte die polizei in der schule schauen, ob die schülerInnen irgendwo rote farbe hätten. Die akte „Marzahn und die folgen“ umfaßt jetzt schon weit über 250 seiten. Interesse an gesprächen mit kollegin Grünberg hatten schon viele in der vergangenheit. Darunter war herr Seiring (jetzt leiter des landesschulamtes), der bürgermeister und auch die ausländerbeauftragte von Marzahn.

Der bürgermeister sieht das problem eines rechtsradikalismus in seinem bezirk gar nicht, hält aber rechtes auftreten für dumme jungentreiche. Dem schulleiter der schule aus Marzahn, aus der die schüler kamen, die den rechten arm zum „deutschen gruß“ gehoben hatten und „türken raus“ skandierten, hatte die polizei den videofilm der religionsgruppe gezeigt, ohne die eltern der kreuzberger kinder zu informieren. Zu einem kontakt aber zwischen den schulen, wenigstens den schülern, worum stadtrat Jordan und Evi Grünberg sich bemüht hatten, ist es nicht gekommen. Bis zum heutigen tag erscheinen die dinge undurchschaubar, vernebelt und verworren. Offensichtlich hat diese normative kraft des faktischen den realpolitiker Jordan zur umkehr bewogen. In einem brief an die Kreuzberger schulleitungen vom januar 1995 richtet er seine kritik nicht etwa auf diese, sondern auf die kollegin Grünberg. Er hält ihr Marzahner unterrichtsprojekt nun für pädagogisch inakzeptabel. Damit nimmt er "verbotene zonen" für unsere schülerInnen hin und gibt kollegInnen und schulleitungen die möglichkeit, auf dieser linie ein mobbing gegen die religionslehrerin eröffnen zu können.

Was bleibt? Eine sehr engagierte

religionslehrerin, die ihre arbeit als qualifizierte interkulturelle sozialarbeit ansieht, soll durch bis ins absurde gedrehte vorwürfe zum aufgeben - zumindest an dieser schule - gezwungen werden. Dabei werden alle register gezogen, die wir noch aus der zeit der berufsverbote kennen, selbst das strafrecht wird bemüht. Sie gilt als hochverdächtig und die justiz, die durch das handeln ihres hilfsgorgans die ganze sache überhaupt erst ins rollen gebracht hat, soll ihre unschuld beweisen. Mobbing und rechter denunziation werden die tore geöffnet. Auf der ebene unseres dienstherrn, wie auch der kirchenleitung finden wir keine person, die dem einhalt gebietet. Daß so natürlich auch die schülerInnen keine unterstützung durch die staatsdiener in schule, schulverwaltung, polizei- und justizapparat bekommen können, ist dann schon fast klar. Bis zum heutigen tag hat keine diskussion mit den betroffenen stattgefunden, die die behauptete oder reale existentielle bedrohung anders aussehender, besonders im ostteil der stadt, und die daraus resultierende „bewaffnung“ der schülerInnen zum inhalt hatte. Es bleibt die frage, ob wir, die wir die zusammenhänge durch den künstlich erzeugten nebel dennoch erkennen, eine solche

Antrag der GEW Kreuzberg an die Personalversammlung der Lehrer und Erzieher am 7. 2. 95

1. Mit Empörung nimmt die Personalversammlung von Festnahmen 13 bis 15jähriger Kreuzberger SchülerInnen in Marzahn und den skandalösen Ermittlungsmethoden der Berliner Polizei an der Hans-Sachs-Oberschule Kenntnis.
2. Sie fordert eine sofortige Entschuldigung der Verantwortlichen bei den SchülerInnen und deren Eltern.
3. Alle erkennungsdienstlichen Unterlagen, die auf diese illegale Weise angefertigt wurden (Fotos, Vernehmungsprotokolle), sind sofort zu vernichten.
4. Sie verurteilt das „mitwirkende“ Verhalten des Schulleiters.
5. Sie weist die Forderung nach Berufsverbot für die betroffene Religionslehrerin zurück und fordert die Rücknahme der gegenüber Kreuzberger Lehrern geäußerten Verdächtigungen.
6. Die GEW Berlin fordert alle politisch Verantwortlichen (Polizeipräsident Berlin, Volksbildungsstadtrat Kreuzberg, sowie alle im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretenen Parteien) auf, der Kriminalisierung Kreuzberger SchülerInnen und den Verdächtigungen gegenüber Kreuzberger LehrerInnen ein Ende zu bereiten.
7. Sollte es zu dem von der Staatsanwaltschaft angestrebten Gerichtsverfahren kommen, ruft sie alle Kreuzberger LehrerInnen zu einer Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude auf. Der Prozeß sollte ggf. von Kreuzberger Schulklassen beobachtet werden.
8. Sie unterstützt die betroffenen Kinder und deren Eltern in ihrem Bemühen um Aufklärung und ein rechtstaatliches Verfahren.
9. Sie bittet die Kreuzberger KollegInnen, den am 8.12.1994 gegründeten UnterstützerInnenkreis mit einer Geldspende zu fördern.

Bitte überweisen Sie ihre Spende an: Sylvia Kosch, Sonderkonto Hans-Sachs-Oberschule, DEUTSCHE BANK, BLZ: 10070000, Konto-Nr.: 624 22 00 60

politik mitmachen, oder uns dafür benutzen lassen. Wir können Kollegin Grünberg darin unterstützen, ihre unbequemen fragen weiterhin zu stellen. Ihr hohes maß an urteilsfähigkeit ist es sicher auch, das gerade die stört, die immer nicht „genau wissen“ sagen, wenn sie eigentlich „warum bist du auch so aufsässig“

meinen. Denken ist etwas, das auf schwierigkeiten folgt, und dem handeln vorausgeht, sagte Brecht sinngemäß. Es wird also zeit nachzudenken, für die die mit den neuen umgangsformen und der reaktionären ausrichtung der schule schwierigkeiten haben.



...EIN RASSIST?

Für Kreuzberg hat sich der wakere mann für eine besondere infamie entweder selbst entschieden oder aber er hat sie sich aufschwätzen lassen: Nicht der bisherige Leitende Schulrat, Herr NITSCHKE (SPD), oder eine der beiden damen, Frau KERN (AL) bzw. Frau HORSTMANN (GEW), wurden auserkoren, sondern der bisher für einen teil der grundschulen zuständige schulrat PETER RADUSCH (CDU).

Dies wird von vielen, die mit ihm amtlich bzw. dienstlich zu tun hatten, als mittlere katastrophe eingeschätzt. Der TREND hat deshalb in seine alten ausgaben geschaut, PR-infos gewälzt und sonstige quellen bemüht, um herrn RADUSCHS biografie, wenn auch noch unvollständig, zu papier bringen zu können. Folgende „ruhmes“-taten lassen sich belegen:

1975: Kaum ist herr RADUSCH schulleiter der 1. Grundschule geworden, teilt er die vorbereitungsklassen für kinder ausländischer herkunft nach ethnischen kriterien auf und steckt sie in unterschiedliche gebäude. Lernziel: Kinder türkischer und griechischer herkunft sind von natur aus feinde und können in Deutschland nicht in einer gruppe zusammen betreut werden. Überdies schafft er es in kürzester zeit, alle ausländischen lehrkräfte aus dieser schule zu vergraulen.

1983-1986: Für den Beamtenbund (GdL) läßt er sich in den Kreuzberger Personalrat (nachrücker!) wählen und vertritt dort konsequent die interessen der dienstbehörde.

1984: Seine bewerbung auf die schulleiterstelle der 2. OR schlägt fehl.

1986: Stadtrat G. NIKOLAUS ENGELMANN (CDU) boxt ihn als 6. (also überflüssigen) schulrat gegen die bedenken des damaligen landesschulrats BATH (SPD, vertreter der rassistischen „landnahme“theorie, in totaler

verkennung der realitäten („Nicht jede flasche kann bei uns schulrat werden“) durch. Der damalige schulrat STEFFEN, der es liebte, flaschen auf herz und nieren zu prüfen, erstellte ihm auf wunsch seines chefs das dafür notwendige gutachten. Für eine lehrprobe in einer 4. klasse mit dem beziehungsreichen titel „Draußen ist es kalt“ und mit bezug auf die außerräumliche realität, es war Februar und tatsächlich bitterkalt, erzielten sie gemeinsam ein „sehr gut“.

1987: Dem Personalrat fallen seine besonders schlampigen

war ihm einfach alles egal, bis er von gerichten auf den boden der tatsachen zurückgeholt wurde. Bei der illegalen besetzung der schulleiterstelle an der 9.G war ihm eine weitere engagierte GEW-kollegin im weg. Er versetzte sie an eine andere schule, erteilte ihr hausverbot und schleppte eigenhändig ihre persönlichen gegenstände aus dem schulgebäude raus.

1989: Er zieht vorübergehend den kopf ein, denn sein neuer chef wird AL-mann JORDAN.

1990: Er merkt, von GRÜN droht keine gefahr und legt nun erst richtig los. Eine dunkelhäutige kollegin, der bei einer rassistischen provokation einer anderen kollegin die hand ausgegutscht ist, empfängt er im dienstgespräch mit den worten: „Du bist hier nicht im busch. Wenn du dich hier so benimmst, mußt du zurück in den busch!“

1990-1994: Er versucht zu verhindern, daß ausländische kolle-

namesInnen. Herr RADUSCH daraufhin: „Ach, die Fidjies“.

1995: Er erhält die belohnung für all die mühen: A 16.

Wir kennen nicht die absichten des herrn SEIRING bezüglich Kreuzbergs. Vielleicht ist ihm der kandidat nur untergejubelt worden. Faktisch jedoch gießt er kräftig öl ins feuer und chaotisiert den bezirk. Absicht oder nicht, jetzt wissen wir nicht nur, was das LSA formal bedeutet (zentralisierung, postenvergabe, durchgriffsmöglichkeit von ganz oben bis ganz unten, abbau von mitbestimmungsrechten und demokratischer kontrolle), sondern auch inhaltlich: Abwehr des „bockmists aus dem Osten“ (CDU-MdA KRÜGER aus Kreuzberg) und des „rotgrünen sumpfs aus Brandenburg“ (CDU-KLEMANN) und in einem bezirk, in dem mehr als ein drittel der bevölkerung nicht-

Berlin, d. 7. 4. 94

Sehr geehrter Herr Brettel,

auf Grund Ihrer dienstlichen Beschwerde habe ich mit dem Schulrat, Herrn Radusch, ein Gespräch geführt.

Herr Radusch hat mir im einzelnen das Zustandekommen der von Ihnen als ausländerfeindlich empfundenen Äußerungen dargelegt. Herr Radusch hat mir gegenüber ausdrücklich bedauert, daß so der Eindruck aufkommen konnte, er sei nicht ausreichend sensibel im Umgang mit Ausländern. Abschließend hat Herr Radusch versichert, daß er künftig den Versuch auflockernder Bemerkungen unterlassen werde, damit kein falscher Eindruck entstehen kann.

Mit freundlichen Grüßen


Peter Strieder
Bezirksbürgermeister

einstellungsvorbereitungen auf. Er nimmt sich besonders die 9.G (Bürgermeister-Herz) aufs korn und hebt deren gesamtkonferenzbeschlüsse auf. In der 10.G läßt er ungebührlich lange die schulleiterstelle unbesetzt und verursacht dadurch massive desorganisation und unterrichtsausfall. Nach einem brand in der selben schule verlangt er die aufrechterhaltung des schulbetriebs, obwohl eine schließung des gebäudes dringend erforderlich ist. PETER RADUSCH will eine eigene orthographie einführen und erhält den spitznamen „Vormular-PETE“ bzw. „Außnahme-PETE“.

1988: Der Personalrat sieht sich genötigt, vier dienstaufsichtsbeschwerden gegen ihn zu erheben. Er wollte einfach nicht einsehen, daß auch schulräte an vorschriften gebunden sind. Bei der umsetzung eines behinderten kollegen (engagierter GEW-kollege) aus der 9.G und bei der einstellung eines sportlehrers

gInnen die vorklassenleiterausbildung machen können. Nur unter druck des PR und unter einschaltung des stadtrats haben inzwischen vier ausländische kollegInnen an dieser ausbildung teilnehmen können.

1994: Dienstliche beschwerde des PR wegen neuer ausländerfeindlicher äüßerungen: Auf den antrag einer kollegin im zusammenhang mit einer klassenreise vermerkte er handschriftlich: „Nix begründung - nix genehmigung“. In einem bewerbergespräch verweist eine kollegin aus den östlichen bezirken bezüglich einer frage nach erfahrungen mit ausländern auf ihre arbeit mit viet

deutscher herkunft ist, wird ein offener und bereits gemaßregelter rassist (siehe das faksimilierte schreiben des linken SPD-bürgermeisters STRIEDER), ein rechts-autoritärer schulrat zum hüter der gesamten volksbildung bestellt. Nicht nur Marzahn, auch Kreuzberg wird gleichgeschaltet: Bezirkliche errungenschaften wie zweisprachige erziehung, integration, das betreuen in teams, drogenprävention, die planung weiterer gesamt-schulen etc. kennen nun ihren totengräber.

**GUTE NACHT
KREUZBERG.**

Impressum:

Der trend wird herausgegeben von der Bezirksleitung der GEW Kreuzberg, vertreten durch Gabi Berger c/o GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin.

Alle namentlich nicht gekennzeichneten Artikel verantwortet die Redaktion. Redaktion dieser Ausgabe: Detlev Kretschmann und Günter Langer. Auflage: 500. Layout/Satz: Karl-Heinz Schubert. Eigendruck. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 6.2.1995. (11. Jhg / 2-95)

...denn das hieße

stätigte der schulleiter, daß die kripo am 9.1 mit ihm wegen eines farbanschlags auf den kripobeamten Wolfgang, Karliczek, der am 29.11. die verhöre bei uns durchgeführt hatte, gesprochen habe. Allerdings habe er Verhöre, die die kripo sofort durchführen wollte, abgelehnt. Die kripo habe ihrerseits dann erklärt, daß sie nun die schülerInnen über deren erziehungsberechtigte laden werde. Auf meine frage, ob er die eltern der kinder von diesen verdächtigungen unterrichtet habe, antwortete er mir, daß er dies für überflüssig gehalten habe.

trend: Hast du über diese eskalation andere institutionen informiert, die schon mit der Marzahner sache befaßt waren?

KHS: Zunächstmal habe ich die entsprechenden kollegInnen informiert und sie gebeten, den eltern so schnell wie möglich bescheid zu sagen, was dann auch postwendend passierte. Am nächsten tag war ich wegen der vorkommnisse vom november als gast zum bezirksschulbeirat eingeladen. Dort habe ich mein wissen an das gremium weitergegeben. Dirk Jordan, der auch anwesend war, gab sich sehr erstaunt und machte sich dann bei den ausführungen des schulleiters Heinz Winkler entsprechenden notizen.

trend: Wurde über die ladungen hinaus noch mehr über die sache bekannt?

KHS: Wenn du meinst, daß später vom dezernenten weitere informationen eingeholt und an die betroffenen weitergegeben wurden, so ist mir bisher nichts bekannt. Die betroffenen haben nun angefangen, selber sich die notwendigen informationen zusammenzutragen. Demnach ergibt sich folgendes bild: unbekannte täter, die mittels eines flugblattes als „klasse gegen klasse - jugendgruppe kreuzberg“ firmierten, haben in der nacht vom 4.1. zum 5.1. rote farbe vor die haustür der ex-ehfrau des Wolfgang Karliczek in Britz-Buckow-Rudow gekippt und entsprechende drohungen gegen ihn ausgesprochen. Er selber hat ohne umschweife in sei-

nem strafantrag mich als verdächtigen angegeben und dies damit begründet, daß ich, als ich seine verhöre in unserer schule zum abbruch brachte, von ihm seine dienstkarte erhalten habe. Von dort aus führt seiner meinung nach die spur zu den tätern.

trend: Das darf doch nicht wahr sein. Ist das eine art rache von Karliczek, weil er glaubt, daß man seine amtshandlungen nicht stören darf - auch wenn man sich auf geltendes recht beruft?

KHS: Ich weiß nicht, was der glaubt. Aber eins ist doch klar, sein voller name mit dienstanschrift wurde bereits im dezember - also mehrere wochen vor der farbgeschichte - im trend veröffentlicht. Nach seiner merkwürdigen polizeilogik müßte der kreis der verdächtigen

tische aktion einen nutzen bringt.

trend: Also erstmal nutzt nur der vorfall der polizei, die dich und die kids damit zu kriminalisieren versucht. Der verdacht gegen dich ist ungeheuerlich. „klasse gegen klasse“ ist ja durch den staatsschutz schon fast bei der RAF angesiedelt, wie wirst du dich dagegen wehren?

KHS: Nach rücksprache mit meinem anwalt habe ich auf der rechtlichen schiene derzeit keine möglichkeiten, da mir offiziell nichts vorliegt. Aber gerade weil der vorwurf so ungeheuerlich ist und weil er hinter den kulissen erhoben wird, macht er einfach angst. Deshalb muß ich damit an die öffentlichkeit. Sie ist, das wissen wir aus der zeit der berufsverbotepolitik, immer noch der beste schutz. Denn damit kann man wenigstens rü-

trend: Wie haben sich bisher deine vorgesetzten verhalten - stichwort fürsorgepflicht?

KHS: Wie ich vorhin schon sagte, vom dezernenten ist bisher in der farbsache nichts passiert. Nun gibt es ja das landesschulamt und da ist er ja jetzt wohl als mein vorgesetzter aus dem geschäft. Im übrigen habe ich am 5.1.1995 eine förmliche beschwerde wegen der polizeiverhöre gegen meinen schulleiter erhoben. Auch hier ruhte seitens Dirk Jordan - bis auf eine kurze eingangsbestätigung - still der see. Und vom schulleiter erwarte ich allerdings keine hilfe, obwohl es ein leichtes für ihn gewesen wäre, sämtliche verdächtigungen, von denen er am 9.1.1995 erfahren hat, durch öffentlichmachen zurückzuweisen.

	Der Polizeipräsident in Berlin BERLIN Direktion 7 - VB III 1 Jugend- und Gewaltkommissariat Kriminalhauptkommissar Wolfgang Karliczek Berliner Alee 210 13088 Berlin	Faksimilé der dienstkarte, die K.-H. Schubert vom KHK Karliczek am 29.11.94 erhalten hat. Sie ist nach dessen polizeigehirn die spur zu den tätern. Angeblich soll sie zerschnippt am tatort gefunden worden sein.
	Ruf: 9539 463	

dann eigentlich 2.000 umfassen, denn das war ja die damalige auflage. Nach den mir vorliegenden informationen ist das flugblatt einschließlich der darauf befindlichen karikatur eine kollage aus dieser trend-sondernummer. Aber offensichtlich geht es nicht um korrekte ermittlungsarbeit in der marzahner sache im sinne von entlastung beschuldigter, sondern darum den schülerInnen und nun auch mir weitere abstruse beschuldigungen anzuhängen.

trend: Das erscheint wirklich alles sehr konstruiert. Gerade „klasse gegen klasse“ ist in kreuzberg doch als gruppe bekannt, die gegen yuppies und absahner ihre kiezstrukturen verteidigen will, antifa ist doch für die kein thema. Jetzt sollen die sich auch noch eine jugendorganisation zulegt haben!

KHS: Dieser ganze sogenannte farbanschlag ist ein ausgemachter schwachsinn. Ich tippe da auf irgendwelche trittbrettfahrer. Und wenn die polizei korrekt ermitteln will, dann soll sie mal dort suchen, wo solch eine idio-

berbringen, daß man sich wehren muß, damit einem weiterhin seine bürgerlich-demokratischen rechte erhalten bleiben.

trend: Ich hoffe, daß diese sondernummer dazu ein erster schritt sein wird.

KHS: Naja, es geht ja nicht nur um mich. Mit diesem „klassen gegen klasse“-konstrukt, machen die schlußendlich erst die „Marzahner“ vorwürfe plausibel. Aufklärungsarbeit ist hier auch bitter nötig. Zeugen berichteten zum beispiel, daß am 22.11.94 eine fandungsgruppe der gleichen polizeidirektion, von der auch der Karliczek kommt, eine bestimmte schülerInnenengruppe der 4. gesamtschule in marzahn observiert hat. Genau die gruppe, von der unsere jugendlichen faschistisch provoziert worden sein sollen. Darüber sollen sie sogar einen videofilm gedreht haben, und zwar solange, bis sie die festnahmen unserer schülerInnen gemacht haben. Nur taucht der film als beweismittel bisher gar nicht auf.

trend: Die im nebel konstruierten vorwürfe sind ja beängstigend, welche reaktionen konntest du bisher bei kollegInnen feststellen?

KHS: Überwiegend habe ich betroffenheit gespürt, die aber von angst überformt war, nämlich möglichst nicht selber in so eine situation zu kommen. Dies lähmt und schwächt mich nochmal. Selbst im personalrat habe ich diese tendenzen gespürt. Eine kollegin drückte dies dort in etwa so aus: In den 70er und 80er jahren hätte man damit in die öffentlichkeit gehen können, da wären dann tausende aus solidarität auf der straße gewesen. Dadurch wäre dann was bewegt worden. Heute sei es leider anders und daher bliebe nur noch die hoffnung auf den rechtsweg. So ein ratschlag ist für mich unannehmbar, denn das hieße, die hände in den schoß legen und zusehen und aushalten, was andere mit einem machen.

Für den trend führte Detlev Kretschmann das interview.